

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Wandel im Denken

Unter diesem Titel veröffentlicht die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Ausgabe vom 15. Januar 1965 den folgenden Aufsatz des hervorragenden Schweizer Publizisten Dr. *Arnold Künzli*, den auch die Gewerkschaftlichen Monatshefte zu ihrem Mitarbeiterkreis zählen dürfen. Künzli schreibt:

„Die wichtigsten Ereignisse in der Politik sind nicht immer diejenigen, die sich die Schlagzeilen der Presse erobern. Wollte man den Schlagzeilen vertrauen, müßte man zu der Überzeugung gelangen, daß sich auf dem Gebiet der *Abrüstung in der Sowjetunion* entweder überhaupt nichts tut oder jedenfalls nichts von Bedeutung geändert hat.

An Ort und Stelle kann man feststellen, daß dieser Eindruck falsch ist, daß sich im Gegenteil im Abrüstungsdenken der Sowjetunion *eine positiv zu wertende Entwicklung* feststellen läßt. Das gilt freilich mehr von der technischwissenschaftlichen Seite der Abrüstungsfrage, aber da heute das politische Problem der Abrüstung eng mit den technischwissenschaftlichen Problemen verknüpft ist, ja teilweise geradezu von diesen bestimmt wird — man denke etwa an die jahrelang diskutierte Frage, ob es möglich sei, Nuklearexplosionen von Erdbeben zu unterscheiden und eine eventuelle Verletzung des Teststopabkommens festzustellen —, ist ein Fortschritt auf technischwissenschaftlichem Gebiet geradezu eine Voraussetzung eines politischen Fortschritts.

Der entscheidende Wandel im Abrüstungsdenken der Sowjetunion ist nun darin zu sehen, daß man große Anstrengungen unternimmt, um die technischwissenschaftlichen Probleme eines möglichen Abrüstungsabkommens zu lösen. So hat beispielsweise die *sowjetische Akademie der Wissenschaften* vor einem Jahr eine Studiengruppe für die wissenschaftlichen Aspekte der Abrüstungsfrage gebildet, die eifrig an der Arbeit ist. Mehr noch: Da die amerikanischen Abrüstungswissenschaftler den sowjetischen weit voran sind, halten es diese nicht unter ihrer politischen und nationalen Würde, von jenen zu lernen. Einer von ihnen, Professor *Glagolew*, hat ausgedehnte Reisen nach Amerika unternommen, um Kontakt mit seinen amerikanischen Kollegen aufzunehmen.

An diesen Entwicklungen ist mancherlei erstaunlich. Zunächst: Sie beweisen, daß man in der Sowjetunion daran ist, das rein deklamatorische, propagandistische Stadium der Abrüstungspolitik zu überwinden. Vor allem aber: man beginnt einzusehen, daß es nicht allein um Abrüstung, sondern auch um eine völkerrechtliche, politische Institutionalisierung des Friedens geht; ja, daß Abrüstung ohne den Aufbau eines politischen Friedenssystems wohl überhaupt nicht möglich ist. Allein die Tatsache der *Errichtung eines Lehrstuhls für friedliche Koexistenz an der Universität Leningrad* beweist, daß man den Gedanken einer gewaltsamen Weltrevolution ersetzt hat durch den Gedanken einer Sicherung des Friedens in der Welt auf der Grundlage des Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West.

Gewiß sind die Mitglieder des Komitees der sowjetischen Völkerrechtler für Abrüstungsfragen nicht identisch mit den Herren des Kreml oder dem Präsidium des Zentralkomitees der Partei. Aber allein die Tatsache, daß sowjetische Professoren des Völkerrechts ein Gremium für Abrüstungsfragen gebildet haben und auch die sowjetische Akademie der Wissenschaften heute über eine entsprechende Studiengruppe verfügt, weist auf eine weitere wichtige Entwicklung hin: es beginnen sich nun offensichtlich auch in der totalitären Sowjetunion außerhalb des engen Rahmens von Partei und Regierung, gewissermaßen auf privater Basis, Gruppen zu bilden, die sich mit hochpolitischen Fragen beschäftigen.

Diese Entwicklung läßt einerseits den Schluß zu, daß die Sowjetregierung sich zumindest auf die Möglichkeit gewisser Abrüstungsschritte ernsthaft vorbereiten will. Und die Mobilisierung der sowjetischen Völkerrechtler für den Abrüstungs- und Koexistenzgedanken kann interpretiert werden als Beginn der — wenn vielleicht auch noch halb unbewußten — Einsicht, daß es heute keine *Pax sovietica* und keine *Pax americana* mehr

geben kann, sondern nur noch den Frieden der Einen Welt, und daß man sich die Schaffung dieser Einen Welt zum Fernziel setzen muß.

Andererseits beweist diese Entwicklung ein *Fortschreiten des Entideologisierungprozesses*. Oder mit anderen Worten: die Partei muß in zunehmendem Maße erkennen, daß sie mit einem ideologischen Unfehlbarkeitsanspruch die Probleme ihres Landes und der Welt nicht lösen kann, sondern dazu Fachleute heranziehen muß. Diese aber blättern nicht bei *Karl Marx* nach, um herauszufinden, wie sie die ihnen gestellten Probleme lösen können, sondern sie reisen nach Amerika und diskutieren mit den amerikanischen Fachleuten, die ihrerseits von ihrer Regierung aufgerufen worden sind, ihr ihren Rat und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Das alles sind, wie gesagt, nicht Ereignisse, die Schlagzeilen hergeben, doch kündigt sich in ihnen ein Wandel an, der auf die Zukunft unserer Welt vielleicht größeren Einfluß haben wird als so manches aktuelle Strohfeuer der großen Politik, dessen Bedeutung wir zu überschätzen geneigt sind."

Das Mißtrauen gegen Deutschland

Unter diesem Titel veröffentlicht die fortschrittlich-liberale Tageszeitung *Luzerner Tagblatt* in ihrer Ausgabe vom 15. Januar 1965 den folgenden Beitrag ihres Skandinavienkorrespondenten; wir bringen ihn an dieser Stelle unseren Lesern zur Kenntnis, weil der Verfasser mit Recht im Untertitel zu seinem Aufsatz sagt: „Das Bild, das die Bürger der Bundesrepublik sich von ihrem Staat machen, ist anders als das Deutschlandbild des Auslandes.“ Wir müssen uns dessen immer wieder bewußt werden. Das Schweizer Blatt schreibt:

„Diejenigen Deutschen, die immer so gern hören oder lesen möchten, wie beliebt sie (wieder) im Ausland sind und es aus eigenem Erleben nicht besser wissen, müssen sich leider gesagt sein lassen, daß die Versicherungen der guten und freundnachbarlichen Beziehungen, wie sie bei Ministerbesuchen und ähnlichen Anlässen zu vernehmen sind, beileibe nicht als Ausdruck echter Aussöhnung oder gar Freundschaft bewertet werden dürfen. Gewiß, die diplomatische Zusammenarbeit verläuft denkbar angenehm und in urbanen Formen, beiderseits vom aufrichtigen Bemühen getragen, ihr eine vertrauensvolle und solide Basis zu geben. Auch den einzelnen Deutschen sieht man gern wieder bei sich zu Gast, sei es als Geschäftspartner oder als Tourist. Doch weder die Normalisierung der offiziellen Politik noch der Respekt und die Bewunderung für die deutsche Tüchtigkeit können darüber hinwegtäuschen, daß die gefühlsmäßige Einstellung gegenüber den Deutschen als Gesamtheit von

kühler Zurückhaltung und inneren Vorbehalten geprägt bleibt.

Um es mit einem Klischee auszudrücken: man ist gegenwärtig in den nordischen Ländern weder ‚deutschfreundlich‘ noch ‚deutschfeindlich‘. Das gilt nicht nur für Dänen und Norweger mit ihren bitteren Erinnerungen an die Kriegs- und Besetzungsjahre, sondern auch für die Schweden, die jedenfalls *vor* Hitler ganz ausgesprochen deutschfreundlich waren. Manches an ihrer Einstellung zu Deutschland könnte anders und besser sein, doch wenn die Deutschen in Schweden immer noch nicht so beliebt sind, wie sie gern sein möchten oder zu sein glauben, liegt das einzig und allein bei ihnen selbst. Bei der Art und Weise nämlich, in der die Bundesrepublik die Hitler-Vergangenheit ‚bewältigt‘, kann es nicht ausbleiben, daß die benachbarten Völker sich angesichts der dabei immer wieder zutage tretenden Widersprüchlichkeiten vor den Kopf gestoßen fühlen, und daß ihr latentes Mißtrauen neu genährt wird.

Die Ressentiments gegen Deutschland sind abgeklingen, doch ‚abgebaut‘ sind sie keineswegs, auch bei den Skandinaviern nicht, die um ein engeres Verhältnis zum großen Nachbarn im Süden redlich bemüht sind. Es ist eine Illusion zu glauben, das Deutschlandbild, welches die Bürger der Bundesrepublik sich von ihrem Staate machen, wäre identisch mit dem Deutschlandbild des Auslandes. So viel sich in den Jahren seit 1945 auch zum Guten gewandelt hat, das Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen bleibt problematisch. Sie werden nicht mit gleichem Maß gemessen wie andere Staaten und Völker, solange Furcht und Mißtrauen, daß Deutschland seine wiedererlangte Machtstellung wieder einmal mißbrauchen könnte, nicht überwunden sind.

Was dem vor allem im Wege steht, ist die nach skandinavischer Auffassung unrealistische und sterile *Ostpolitik* im allgemeinen, und die Weigerung, die Oder-Neiße-Linie als Grenze Polens anzuerkennen, im besonderen. In dieser Frage hat sich nicht nur die Bonner Regierung, sondern auch die Opposition in einer Sackgasse verirrt, aus der beide, selbst wenn sie wollten, anscheinend nur schwer und vor den Bundestagswahlen wohl schon gar nicht herauskommen können. Für die skandinavischen Sozialdemokraten ist es ein wenig erbaulicher Anblick, wenn führende deutsche Sozialdemokraten zusammen mit nazistisch belasteten Politikern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, auf öffentlichen Massenkundgebungen auftreten. Ganz zu schweigen von dem peinlichen Unbehagen — um einen kräftigeren Ausdruck zu vermeiden —, das die Äußerungen eines Bundesministers über die geraubten sudetendeutschen Gebiete und das Münchner Abkommen von 1938 hervorgerufen hat. Mag sein, daß man es bei diesen und ähnlichen Vor-

kommnissen mit taktischen Spekulationen im Hinblick auf die kommenden Wahlen zu tun hat, aber es bedarf wahrlich keiner kommunistischen Propaganda, damit sie im Ausland der Besorgnis vor einem nationalistisch-chauvinistischen Rückfall der deutschen Politik neuen Auftrieb geben.

Wenn sich dann das offizielle Bonn endlich einmal aufrafft, aus seiner Passivität herauszutreten und einen ‚Schlußstrich‘ unter die Vergangenheit zu ziehen, geschieht das nicht da, wo es nützlich und nötig wäre, um die Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik unter Beweis zu stellen, sondern kurzzeitig und tolpatschig ausgerechnet in der Frage der *Verjährungsfrist für die Massenverbrechen der Nazis*, wo dieser Schlußstrich so gänzlich fehl am Platz ist. Hat man in Deutschland, so wird außerhalb der Bundesrepublik immer wieder gefragt, wirklich kein Gefühl dafür, daß bei diesen Untaten andere Maßstäbe angelegt werden müßten als die Bestimmungen der nur für ‚normale‘ Delikte konzipierten Verfahrensregeln? Aber auch bei der Zugrundelegung dieser Regeln dürfe niemals der 8. Mai 1965 als Verjährungstermin gelten, da die volle Strafverfolgungssouveränität der Bundesrepublik erst am 30. Mai 1955 in Kraft trat, die 20jährige Verjährungsfrist für Mord folglich bis zum 30. Mai 1975 läuft. Die Auslandsreaktion und die klare Sprache der deutschen Presse gegen den Bonner Kabinettsbeschluß werden hier nun wohl noch Remedur schaffen, aber bei einem etwas stärker entwickelten Sinn für politische Realitäten hätte man sich das Unbehagen, das die daraus sprechende Einstellung zur Vergangenheit in aller Welt hervorrief, ersparen können.

Natürlich bleibt die Art und Weise, wie die Deutschen ihre Vergangenheit ‚bewältigen‘, ihre eigene Angelegenheit. Doch wenn sie dabei wie bei dieser und ähnlichen Pannen ständig zu neuen Zweifeln Anlaß geben, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Beliebtheit für sie hinter den gehegten Erwartungen zurückbleibt. Was der Umwelt aber trotz allem die Hoffnung auf ein ‚besseres Deutschland‘ gibt, das ist fürs erste die klare, von demokratischem Bewußtsein getragene Haltung der deutschen Massenmedien, *Presse und Radio*, zum anderen die Aufgeschlossenheit und Kritik der Exponenten des neueren deutschen *Schrifttums*, zum dritten die Einstellung der *heranwachsenden Generation*. Vielleicht war die Metamorphose vom Feind von gestern zum Freund und Verbündeten von heute, wie wir sie im Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn erlebten, zu brüsk und schnell gewesen, um ganz glücken zu können. Darum muß die Schaffung eines von den häßlichen Flecken der Vergangenheit ganz befreiten Deutschlandbildes wohl der jungen Generation als verpflichtende europäische Aufgabe überlassen bleiben."

Zum Atomminengürtel

Die Welt hat es abgelehnt, den folgenden Leserbrief des großen Physikers und Nobelpreisträgers Prof. Dr. Max Born abzu drucken — die deutsche Demokratie ist noch recht unterentwickelt! Dem *Spandauer Volksblatt* (12. Januar 1965) verdanken wir es, daß wir diesen bewegenden Mahnruf des Gelehrten doch kennenlernen konnten; nun möchten wir ihm noch weiteres Gehör verschaffen. Max Born schreibt:

„Die Atomminen sind nur der Höhepunkt einer bedauerlichen Entwicklung, die mit der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik ihren Anfang nahm. Meine Frau und ich sind nach Deutschland zurückgekehrt in dem Glauben, daß nach zwei mit machtpolitischen Zielen begonnenen Kriegen, die mit vernichtenden Niederlagen endeten, das deutsche Volk immun sein müßte gegen Krieg und Soldatenleben. Aber das war ein Irrtum. Die verständliche Forderung der Amerikaner, die westeuropäischen Länder sollten sich an der Last der Verteidigung beteiligen, wurde von der Bundesrepublik nicht nur angenommen, sondern dazu benutzt, das Volk wieder zu militarisieren. In der Bundeswehr gibt es wieder Kommiß, Kasernendrill, Rekrutenschinderei; frühere Nazi-Generale sind in führenden Stellen. Ein Notstandsgesetz wird betrieben, das die Ausschaltung jeglicher Kontrolle der Regierung zum Ziel hat. Pläne für großangelegten Luftschutz werden entworfen und unter der Hand durchgeführt. Jede Hausfrau soll Notvorrat anlegen: Alles ungeheuer kostspielige Maßnahmen, die nur Sinn haben, wenn man einen Krieg für bevorstehend hält. Sie schüren das Mißtrauen der Völker des Sowjetblocks und verdunkeln jede Aussicht auf Wiedervereinigung. Mag sein, daß niemand diese Folgen will und alles nur aus Kommunistenangst geschieht. Angst aber ist immer ein schlechter Ratgeber.

Ich habe über diese Dinge bisher geschwiegen, weil ich britischer Staatsbürger geworden und geblieben bin. Solange die Bundesrepublik die elementaren Freiheiten — Wahl des Berufes, des Wohnsitzes, Freiheit des Reisens, der Meinung und ihrer Verbreitung — wahrhaft, habe ich mich darauf beschränkt, bestimmte pathologische Erscheinungen der modernen Technologie, die Raumfahrt, zu kritisieren. Aber Minen legen an der innerdeutschen Grenze ist keine deutsche, sondern eine internationale Angelegenheit.

Ein Atomkrieg im großen bedeutet den Untergang der zivilisierten Menschheit, vielleicht allen Lebens auf der Erde. Die Atom-mächte wissen das und streben danach, Bedingungen der Koexistenz zu finden. Die größte Gefahr ist eine durch Zufall oder menschliches Versagen verursachte Atomexplosion, die die Katastrophe auslösen könnte. Darum sind Washington und Moskau durch den ‚heißen Draht‘

verbunden worden, der eine schnelle Verständigung ermöglicht und einen blinden Gegen-schlag verhüten soll.

Ein Atomminengürtel würde genau das Gegenteil der vernünftigen Maßnahmen bedeuten. Er würde die Atomexplosion dem blinden Zufall ausliefern. Und selbst wenn es gelänge, im Falle einer ungewollten Explosion rechtzeitig Verständigung zu erzielen, würde mitten in Deutschland ein weites Gebiet, vielleicht mit größeren Städten, in eine Wüste verwandelt, in der es kein Leben mehr gibt. Wie muß es in den Köpfen der Leute aussehen, die sich so etwas ausdenken! Es ist mein Trost, daß es offensichtlich unter den jungen Leuten viele gibt, die Vernunft und Menschlichkeit höher werten als Ideologien und Nationalismus, und ich bin froh, daß ich - trotz meiner 82 Jahre - ihrem Protest Ausdruck geben darf.“

Zur Krise im Mittleren Osten

Im *Tages-Anzeiger* (Zürich) vom 14. Januar 1965 veröffentlichte Auslandsredakteur und Fernsehkommentator *Hans O. Staub*, der ein guter Kenner des Mittleren Osten ist, die folgenden Bemerkungen:

„Das einzig sichtbare Ergebnis der arabischen Gipfelkonferenz von Kairo ist im wesentlichen ein neuer rhetorischer Appell zum ‚heiligen Krieg‘ gegen Israel. Das stellt der arabischen Solidarität ein Armutszeugnis aus. Sie steht offenbar nach wie vor auf einem einzigen Bein, das da heißt: Opposition gegen den jüdischen Staat.

Niemand wird darum über die antiisraelischen Deklamationen von Kairo zu Tode erschrecken. Und niemand wird auch die detaillierten Beschlüsse' allzu ernst nehmen, welche die Gipfelkonferenz gefaßt haben soll, um Israel immer weiter des Jordanwassers zu berauben. Zwar wurde offenbar in Kairo grundsätzlich entschieden, im Libanon eine Pumpstation zu errichten, um den Hasbani — einen der drei Quellflüsse des Jordans — abzuleiten. Aber dieser Beschluß dürfte bis auf weiteres Theorie bleiben: von allen arabischen Staaten ist gerade das militärisch schwache Libanon am allerwenigsten geneigt, einen Konflikt mit Israel zu riskieren.

Selbst wenn sich aber die ominöse (und sehr kostspielige) Ableitung des Hasbani in die Tat umsetzen ließe, so wäre der jüdische Staat noch lange nicht am Ende seines Lateins — oder vielmehr seiner Wasserreserven. Aber jede neue Bedrohung des Jordans steigert dies- und jenseits der israelischen Grenzen die Nervosität. Nationalistische Hitzköpfe und Draufgänger gibt es ja nicht nur in den arabischen Ländern. Auch auf israelischer Seite existieren Leute, welche eine Politik unnachsichtiger Härte predigen. Sie streben vielleicht nicht ge-

rade einen Präventivkrieg' an, um die Araber an allen feindseligen Aktionen gegenüber dem Jordan zu hindern. Aber sie treten zum mindesten dafür ein, beim geringsten Zwischenfall in den umstrittenen Quellgebieten gnadenlos zurückzuschlagen und unerbittliche Repressalien zu ergreifen. Solche Nervosität aber könnte leicht zum ‚Krieg durch Unfall‘ führen. ..

Die gereizten israelischen Reaktionen sind durchaus verständlich, solange der Jordan einen Lebensnerv des jüdischen Staates darstellt. Erst wenn einmal der biblische Fluß seine übermäßige Bedeutung verliert, kann der Nervenkrieg um ihn aufhören. Erst dann wird den Arabern das für sie so bequeme Angriffsobjekt aus den Händen gewunden. Der Tag der wenigstens teilweisen ‚Erlösung vom Jordan‘ dürfte nicht mehr so fern sein. Teils aus eigener Kraft, teils mit amerikanischer Hilfe arbeitet Israel an großzügigen Projekten, welche gestatten sollen, das Meerwasser zu entsalzen und so die Wüsten — unabhängig vom Flußwasser — fruchtbar zu machen. Diese Projekte stecken vorläufig noch im Experimentalstadium. Wem es aber dereinst gelingt, sie in großem Maßstab Wirklichkeit werden zu lassen, dem gebührt ein Friedensnobelpreis für den Mittleren Osten."

Hinweis

Das ausgezeichnete *British Journal of Industrial Relations*, das wir erst kürzlich hier besprochen haben (Heft 10/64), schloß seinen zweiten Jahrgang (1964) mit einem Sonderheft, das der Frage einer Einkommenspolitik gewidmet ist, die neuerdings in vielen Ländern im Vordergrund der Erwägung steht. Behandelt werden vor allem die Verhältnisse und Probleme in Norwegen, Schweden, Dänemark und Frankreich sowie der Bundesrepublik. Hier hat *Heinz Markmann* einen höchst lesenswerten und mit Zahlen und Statistiken reich belegten Beitrag zur Verfügung gestellt, der den gewerkschaftlichen Standpunkt zu diesem Fragenkomplex mit aller wünschenswerten Eindeutigkeit zum Ausdruck bringt. Markmann wiederholt das Wort vom „sozialen Skandal“, den die Eigentumsverteilung in der Bundesrepublik darstelle. Die gewerkschaftlichen Einwendungen gegen eine Bindung von Lohnerhöhungen an ein allgemeines Ansteigen der Produktivität hat Markmann besonders treffend formuliert. Ein weiterer interessanter Beitrag in dem Heft ist der „National Income Commission“ gewidmet, die von der Regierung Macmillan gegen den Widerspruch der Gewerkschaften eingesetzt und von der gegenwärtigen Labour-Regierung wieder aufgelöst wurde. Unter den Buchbesprechungen findet sich ein ausführlicher Hinweis auf die Arbeit von Flanders über das Experiment von Fawley, das in Heft 11/64 der GM dargestellt wurde. W. F.